

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 2/2008

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Juli/August 2008

„Sommer, Sonne, SPD“ – auch 2008

Auch in diesem Jahr führt die Braunschweiger SPD ihr beliebtes Sommerprogramm durch. Alteingesessene und Neubraunschweiger können erleben, was es in unserer Stadt an Bekanntem und Unbekanntem, an Neuem und Bewährtem zu entdecken gibt.

„Wir bieten dieses Jahr über 80 Veranstaltungen an. Zum Abschluss des Sommerprogramms laden wir zu einem Bürgerdialog mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in das Okercabana im Bürgerpark ein“, so Dr. Carola Reimann, Bundestagsabgeordnete und SPD-Unterbezirksvorsitzende. „Der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen macht an diesem Tag im Rahmen seiner Sommerreise Station in Braunschweig.“

Das Sommerprogramm ist wieder umfangreich und attraktiv. Unter den 80 Ver-



Die Vorsitzende Dr. Carola Reimann lädt ein zum 18. Sommerprogramm der SPD.

staltungen finden sich viele Highlights der vergangenen Jahre – seien es die Braunschweiger Forschungsinstitute, das VW-Werk Braunschweig, das Naturhistorische und das Herzog-Anton-Ulrich-Museum, die Feuerwehr, die Fledermauswanderung zu den „Kobolden der Nacht“ und das Lagezentrum der Polizei. Nicht fehlen dürfen natürlich auch die Ausflüge in

die Geschichte Braunschweigs mit Prof. Dr. h.c. Biegel und anderen.

Hinzu kommen dieses Jahr zum Beispiel ein Besuch in der Nullemissionsfabrik SOLVIS, die ausgezeichnet wurde als energieeffizienteste Gewerbeimmobilie Deutschlands, ein Pannenkurs – nicht nur für Frauen – bei MAG Bonte und noch mehr. Weitere spannende Angebote sind zum Beispiel die Zentralapotheke der Braunschweiger Krankenhäuser, die „Alte Zuckerfabrik“, die Lesenacht für Kinder, und und und ...

Das gesamte Sommerprogramm finden Sie in diese Zeitung eingelegt. Das Programm gibt es außerdem bei der Geschäftsstelle der SPD in der Schlossstraße 8 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de.

Stadt trickst bei Einführung der vierten Gesamtschule

Das Hin und Her um die Gesamtschule geht weiter – auf Landesebene und in Braunschweig.

■ Im Herbst letzten Jahres hatte Ministerpräsident Wulff angekündigt, nach der Landtagswahl die Errichtung neuer Gesamtschulen wieder zuzulassen – nach langen Jahren erbitterter Gegnerschaft zu dieser von vielen Eltern gewünschten Schulform. Dennoch lehnte die CDU-FDP-Mehrheit im Landtag es ab, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen zu streichen, und verwies auf die Zeit nach der Landtagswahl. Im Rat der Stadt scheiterte der SPD-Antrag auf Errichtung einer 4. Gesamtschule und selbst die Vorbereitung einer Gesamtschulgründung sollte es nicht geben.

Daher war die Verblüffung groß, als Schuldezernent Laczny (CDU) im Februar erklärte, die Stadt sei auf eine vierte Gesamtschule vorbereitet. Die SPD ließ das Thema sofort auf die Tagesordnung des Rates der Stadt setzen. Die CDU-FDP-Gruppe beantragte – „für den Fall, dass das niedersächsische Schulgesetz geändert wird“ – ein Konzept zur Umsetzung einer 4. Gesamtschule vorzulegen. Der Rat stimmte einstimmig zu – ein Vergnügen, das CDU und FDP noch öfter erleben könnten, wenn sie Vorschläge der anderen Parteien sachlich diskutieren und gute Vorschläge übernehmen würden.

In Hannover lehnten dann CDU und FDP die Streichung des Gesamtschulerrichtungsverbot-

ab. Das neue Gesetz ermöglicht die Errichtung neuer Gesamtschulen nur in wenigen Fällen und dann nur unter Auflagen, die sehr teuer und pädagogisch unsinnig sind.

Und genau so verfährt man jetzt in Braunschweig! Die von CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann geführte Verwaltung schlägt vor, die vierte Gesamtschule weit im Süden der Stadt in Rünigen einzurichten, im Schulgebäude der Hauptschule. Die zugehörige Oberstufe dagegen soll in die jetzige Nibelungen-Realschule im Norden der Stadt kommen.

Die hintergründige Absicht ist klar: Die neue Gesamtschule soll so unattraktiv wie

„Das macht die SPD nicht mit!“

stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek fest: „CDU und FDP haben in ideologischer Verblendung beim Ausbau der Hauptschulen genügend Steuermillionen verschwendet. Wir wollen eine zukunftssichere vierte Gesamtschule – an einem Verkehrlich gut erreichbaren Standort und mit eigener Oberstufe! Der Elternwille und das Wohl der Kinder muss Vorrang haben vor rückwärtsgewandter Bildungsideologie!“

möglich gemacht werden – in der Hoffnung, dass sich hier weniger Schülerinnen und Schüler anmelden, als Plätze vorhanden sind. Dann kann man mit den freien Plätzen gegen weitere Gesamtschulgründungen argumentieren. Darum wird dafür eine Schule ausgesucht, die mit dem ÖPNV nur ungünstig zu erreichen ist und bei der die Schüler nach Ende der Mittelstufe an das andere Ende der Stadt wechseln müssen!

Die SPD lädt ein.

SPD

Bürger fragen – Gabriel antwortet

- Samstag, 23. August, 18 Uhr
- Okercabana im Bürgerpark, Theodor-Heuss-Straße

Anmeldung erforderlich
beim SPD-Unterbezirk!

Tel. 0531-480 9821

Bachmann hilft AWO-Junioruniversität

Die AWO-Junior-Universität braucht weitere Spender und Partner in der Region Braunschweig!

■ Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann, SPD, wirbt Partner für die AWO-Junioruniversität. Dazu gab er dem Braunschweiger Volksfreund ein Interview.

Volksfreund: Herr Bachmann, die Junioruniversität der Arbeiterwohlfahrt, also der AWO, was ist das eigentlich?

Bachmann: Die Junior-Uni ist eine außerschulische Bildungseinrichtung für Kinder und Jugendliche zwischen fünf und neunzehn Jahren. Vom Kindergartenalter an soll der Nachwuchs für Wissenschaft und Technik begeistert und bis zur Ausbildung oder zum Studium begleitet werden. Neben dem Wecken der Interessen für technische Zusammenhänge soll vor allem auch eine Sensibilisierung für den Umweltschutz erfolgen. Hauptsitz ist Salzgitter-Calbrecht, aber wir wollen auch Braunschweig, Gifhorn, und Peine einbeziehen.

Wie funktioniert dieses Bildungsangebot?

Je nach Altersstufe werden Seminare mit zwölf bis fünfzehn Teilnehmenden durchgeführt und bieten genügend Raum für eigenes Experimentieren, spielerisches Lernen und Diskutieren. Durchgeführt werden die Seminare jeweils von einem Dozenten und einer Betreuungskraft.

Seit wann gibt es diese Einrichtung?

2003 haben wir mit 150 Schülerinnen und



■ Wollen in Ihren Wahlkreisen weitere Spender und Partner für die Junioruniversität werben (von links): Die SPD-Landtagsabgeordneten aus der Region Braunschweig Detlef Tanke (Gifhorn-Süd), Matthias Möhle (Peine), Stefan Klein (Salzgitter), Klaus-Peter Bachmann (Braunschweig) und Marcus Bosse (Schöppenstedt, rechts). *Foto Matthias Stoffregen*

Schülern das Projekt begonnen. Inzwischen nehmen jährlich über 1800 Kinder und Jugendliche an den Seminaren teil.

Wer bezahlt das alles, die Eltern? Oder hilft die AWO mit, so ein Mammut-Projekt zu finanzieren?

Zur Zeit ist die AWO dabei, einen Hilfsfonds für Bildung zu gründen, um auch Kindern und

Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien die Teilnahme an der Junior-Uni zu ermöglichen. Zehn Euro kostet ein neunzigminütiges Seminar pro Kopf – Geld, das manche Familien nicht zur Verfügung stellen können.

Herr Bachmann, wir wünschen Ihnen und Ihren Mitstreitern viel Erfolg und hoffen, dass Sie viele Spender und Partner finden.

Verheerende Bilanz nach 100 Tagen schwarz-gelber Landesregierung

■ Die SPD im Landtag zieht eine verheerende Zwischenbilanz nach den ersten 100 Tagen schwarz-gelber Landespolitik. Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann wirft der CDU Wortbruch und Wahlbetrug in der Gesamtschul-Debatte vor: „CDU und FDP verhindern weiterhin entgegen ihren eigenen Versprechen zum neuen Schuljahr Gesamtschulen.“

Das Wulffsche Kabinett hatte zudem geplant, Niedersachsens Lehrern ihre Mehrarbeit erst vor der Pensionierung auszugleichen. Die heftigsten Proteste mit der größten Lehrerdemonstration seit Jahrzehnten ließen die Regierung von dem Plan wieder abrücken. Das Vertrauensverhältnis zu Tausenden von Lehrern bleibt allerdings zerstört.

Als „hochbrisant und brandgefährlich“ bezeichnete der Innenpolitikexperte Klaus-Peter Bach-

mann auch die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der Bereitschaftspolizei. „Es ist für uns nicht zu verstehen, warum die Führungsverantwortung aus Braunschweig und Oldenburg abgezogen und zur zentralen Polizeidirektion nach Hannover verlagert werden soll. Diese Zentralisierung wird zu einem erheblichen Effizienzverlust führen“, so Bachmann.

„Die Regierung Wulff hat den Menschen im Land deutlich vor Augen geführt, was sie in den nächsten Jahren erwartet: Handwerkliche Fehler und Unzuverlässigkeit. Das Festhalten an gestrigen Konzepten auf der einen und Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite wird immer mehr zum Markenzeichen dieser Landesregierung. Bereits die ersten 100 Chaostage verheißen nichts Gutes“, kommentiert SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner.

Landesregierung zieht die Bereitschaftspolizei aus Braunschweig ab

■ Es ist nicht mehr überraschend, dass die Interessen Braunschweigs von der CDU-Landesregierung vernachlässigt werden.

Nach der Auflösung der Bezirksregierung, der Verlagerung der Fachhochschule für Sozialwesen nach Wolfenbüttel und der Schließung von Polizeikommissariaten will Innenminister Schönemann jetzt den Führungsstab und die Technische Einsatz Einheit der Bereitschaftspolizei nach Hannover verlegen. Sachlich ist diese Zentralisierung in dem Flächenland Niedersachsen unsinnig. Dies stört ihn wenig, scheint aber auch in Braunschweig niemanden wirklich zu beunruhigen.

In Oldenburg, wo das Gleiche passieren wird, hat der Protest der Lokalpolitiker immerhin dazu geführt, dass zur Kompensation dort die Schule der Bereitschaftspolizei eingerichtet wird. In Braunschweig

dagegen gibt es kein Aufbegehren. Das Ergebnis: keine Proteste der Stadt, keine Kompensation.

Empörend findet das die SPD-Fraktion im Rat der Stadt. Sie wollte, dass die Stadt gegen die erneute Benachteiligung Braunschweigs bei der Landesregierung protestiert. Das wollte die CDU-FDP-Mehrheit im Rat dem Oberbürgermeister nicht zumuten und lehnte den Antrag ab.

„Dass diese erneute Benachteiligung unserer Stadt widerspruchslos hingenommen werde, ist grundfalsch“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek. „Dadurch wird die Landesregierung geradezu ermutigt, sich gegenüber Braunschweig auch künftig so zu verhalten. Diese parteipolitisch motivierte Rücksichtnahme von CDU und FDP verstößt gegen Braunschweiger Interessen. Das müssen diese beiden Parteien dringend ändern!“, fordert der Politiker.

Braunschweig braucht ein zeitgemäßes Stadion

■ Jetzt ist es amtlich: In Braunschweig wird weiter Profifußball stattfinden. Zunächst erreichte die Eintracht in einem nervenaufreibenden Finale die sportliche Qualifikation für die 3. Bundesliga. Danach gelang es in einer vereinten Rettungsaktion, die nötige finanzielle Ausstattung nachzuweisen, so dass der DFB die Lizenz erteilen konnte.

Natürlich gab und gibt es auch Kritiker dieser Entscheidungen. Sie sollten aber bedenken, dass die Finanzmittel im wesentlichen durch den Verkauf der Namensrechte an eine Gruppe von Sponsoren erreicht wurden. Bedingung für den Verkauf war die Lizenzerteilung für die 3. Liga. Denn nur dann hat der Stadionname einen wirtschaftlichen Wert. Für ein Stadion, in dem ausschließlich Amateurfußball gespielt wird, hätte keines der Unternehmen auch nur einen Cent für den Namenswerb lockergemacht. Dass der Erlös im wesentlichen der Eintracht zugutekommt, ist fair und folgerichtig; dass die Lions auch beteiligt wurden, ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Nun geht es um den Ausbau des Stadions, und auch hier melden sich Kritiker zu Wort, die darin eine einseitige Förderung des BTSV Eintracht sehen. Doch diese Sichtweise ist falsch. Denn das Stadion gehört der Stadt. Seine Modernisierung ist kein Zugeständnis an die Eintracht, sondern an die vielen Fans, die die sportlichen Ereignisse in diesem Sta-



Auch nach dem geplanten Umbau des Eintracht Stadions werden dort zum Beispiel Leichtathletik-Wettkämpfe stattfinden. *Foto. Alexander Gräbner*

dion besuchen und von dem Stadion eines Oberzentrums auch einen entsprechenden Standard erwarten. Jeder, der am 31. Mai die Gänsehautstimmung beim Sieg über die zweite Mannschaft von Borussia Dortmund erleben konnte, wird zustimmen, dass wir uns diese unnachahmliche Atmosphäre erhalten müssen, einen zeitgemäßen Stadionausbau eingeschlossen.

Man wird sehen, welche Lösung sich end-

gültig durchsetzt. Langfristig wird Profifußball bei den inzwischen üblichen Spieler- und Trainergehältern in Braunschweig nur zu halten sein, wenn das sportliche und wirtschaftliche Management der Eintracht Profi-Anforderungen entspricht. Außerdem müssen sich die leistungsfähigen Wirtschaftsunternehmen der Region bei der Eintracht so engagieren, wie das in vielen anderen Regionen selbstverständlich ist.

Musikräume sind auch für Grundschulen wichtig

SPD will zeitgemäße und moderne Ausstattung an Braunschweiger Schulen, CDU und FDP lehnen ab.

■ In den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse erlebt der Zuhörer so manchen wenig verständlichen Beschluss und so manche merkwürdige Begründung. Aber gelegentlich gibt es doch Überraschungen. So wie in der letzten Sitzung des Rates beim Antrag der SPD-Fraktion, wonach zur Einrichtung aller allgemeinbildenden Schule auch ein Musikraum gehört. Diesen Antrag lehnten CDU und FDP mit völlig abwegigen Begründungen ab.

Auslöser war die Grundschule Volkmarode. Sie besitzt keinen Musikraum und nutzt daher seit Jahren einen Klassenraum für diesen Zweck. Aufgrund steigender Schülerzahlen wird das wahrscheinlich bald nicht mehr möglich sein, weil alle Klassenräume gebraucht werden. Daher stellte die Schule den Antrag auf Einrichtung eines Musikraumes. Das wurde im Schulausschuss von Schuldezernent Laczny (CDU) mit der merkwürdigen Begründung abgelehnt, es gebe auch andere Grundschulen ohne Musikraum und die müssten dann gleich-

behandelt werden und dazu sei kein Geld da – in sich schon eine armselige Ausrede.

Daher brachte die SPD zur Ratssitzung im April den Antrag ein und glaubte, damit im Rat offene Türen einzurennen. Denn schließlich sehen auch die Schulbaurichtlinien des Landes Musikräume an allen Schulen vor, auch den Grundschulen. Völlig unerwartet wurde der Antrag von der CDU-FDP-Ratsmehrheit abgelehnt.

Das betrifft weniger die FDP – diese Fraktion hat sich noch nie groß hervorgetan bei dem Ziel, die öffentlichen Schulen zeitgemäß zu unterhalten und einzurichten.

Geradezu schockierend war die Begründung der Ablehnung durch die CDU-Ratsfrau Kaphammel. Nach der richtigen Feststellung, dass viele Familien darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile arbeiten, erklärte sie wörtlich: „Was nutzt es einem Kind, in einem teuren, zusätzlich geschaffenen oder gar angebauten Musikraum Unterricht zu erhalten,

wenn es im Anschluss vom Mittag bis zum frühen Abend aufgrund der Berufstätigkeit der Eltern allein ist und zwischen Fernseher und Computer verwahrlost oder in eine Bildungsarmut läuft?“

Diese Erklärung ist unfassbar und unverschämte: Kinder berufstätiger Eltern verwahrlosen oder laufen in eine Bildungsarmut. Das ist die Meinung der CDU.

Danach sprach sich Frau Kaphammel für die verstärkte Einführung von Ganztagschulen aus – eine ziemlich neue Entwicklung bei der CDU! Aber um mit ihren eigenen Worten zu reden: Was nutzt es, wenn die CDU die Vorzüge von Ganztagschulen erkennt, aber nicht bereit ist, den dafür erforderlichen Investitionen zuzustimmen? Die SPD wird sich jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass der Unterricht an allen Schulen in Räumen mit zeitgemäßer und moderner Ausstattung stattfinden kann. Und dazu gehören auch Musikräume – auch an allen Grundschulen!

Kavaliershäuser am Schloss Richmond drohen zu verfallen



Foto: Alexander Gräbner

■ Es gibt kaum eine Rede von CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, in der er nicht das „Schloss“ erwähnt. Das sei ihm gestattet – immerhin weiß jeder Braunschweiger, dass sich hinter dieser eindrucksvollen Fassade vor allem nüchterne Büroräume und ein überdimensioniertes Einkaufszentrum verbergen.

Dabei wird gern übersehen, dass es in Braunschweig ein Schloss gibt, das tatsächlich noch weitestgehend dem Originalzustand entspricht, nämlich das Schloss Richmond an der Wolfenbütteler Straße. Nach den in den letzten Jahren erfolgten Renovierungen ist hier ein wahres Schmuckkästchen entstanden – immer wieder erfreulich anzusehen und gern für Repräsentationszwecke genutzt.

Leider hat dieses bauliche Juwel noch zwei trübe Flecken. Das sind die sogenannten „Kavaliershäuser“, zu Beginn des 19. Jahrhunderts kurz nach Fertigstellung des Schlosschens in Fachwerkbauweise errichtet. Sie rahmen das Schloßchen links und rechts

ein und ergänzen die Anlage zu einem baulichen Gesamtkunstwerk.

Doch während das Schlossbauwerk inzwischen innen und außen saniert und renoviert wurde und auch die Gartenanlage zur Oker hin entsprechend dem historischen Vorbild umgestaltet wurde, führen die Kavaliershäuser ein Schattendasein. Offensichtlich haben die Sanierungsmittel dafür nicht gereicht, und so sieht man beiden Häusern ihren schlechten Erhaltungszustand auch als Laie sofort an.

Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Mit einer Anfrage in der Julisitzung des Rates will die SPD-Fraktion die Aufmerksamkeit von Rat und Verwaltung auf diesen Zustand lenken und erreichen, dass beide Häuser wieder schmuck und schön hergerichtet werden. Das würde der Gesamtanlage ein zusätzliches Glanzlicht aufsetzen und käme wohl auch der Gerstäcker-Gesellschaft zugute, die eines der beiden Häuser als Mieter nutzt.

Studiengebühren: Wo steht Niedersachsen? In Hessen abgeschafft, in Hamburg reduziert

■ Die Landtagsmehrheit in Hessen hat gegen den Willen von Ministerpräsident Koch (CDU) die Studiengebühren in Hessen abgeschafft. Gegen dieses Gesetz stimmten in einer Sondersitzung des Parlaments in Wiesbaden die CDU und die FDP. In Hamburg beschloss der schwarz-grüne Senat unterdessen, den Studenten bei den Gebühren entgegenzukommen. Hier wird die Campus-Maut vom Wintersemester 2008/2009 an von 500 auf 375 Euro reduziert.

Bleibt die Frage, wann in Niedersachsen die Studiengebühren wieder abgeschafft

werden. Die Wirtschaft sucht händeringend gut ausgebildete Akademiker, vor allem Ingenieure und Naturwissenschaftler. Vor diesem Hintergrund sind derartige Zugangsbarrieren zu den Universitäten für Studenten unverantwortlich.

„Viele tüchtige junge Leute verlassen Niedersachsen, um ein Studium ohne Gebühren in einem anderen Bundesland zu beginnen. Ob sie jemals zurückkehren werden ist fraglich. Das kann sich unser Bundesland nicht leisten“, sagt dazu Klaus-Peter Bachmann, Landtagsabgeordneter (SPD) aus Braunschweig.

Dr. Carola Reimann begrüßt Einigung beim VW-Gesetz

■ Das Bundeskabinett hat ein neues VW-Gesetz beschlossen. Das Land Niedersachsen behält damit entscheidenden Einfluss und auch weiterhin ein Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen des Volkswagen-Konzerns.

Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann ist erleichtert: „Das ist ein sehr gutes Ergebnis für die Beschäftigten in den VW-Werken in der Region und für den Standort Braunschweig“. Die Änderungen waren notwendig, weil der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Oktober 2007 einzelne Bestimmungen des alten VW-Gesetzes für rechtswidrig erklärt hatte.

„Ich freue mich, dass sich Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) gegen den Widerstand einzelner Unionspolitiker durchgesetzt hat. Der Entwurf setzt das Gerichtsurteil um und enthält gleichzeitig wichtige Schutzfunktionen für die Arbeitnehmer bei VW. Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, warum EU-Kommissar McCreevy schon jetzt im laufenden Gesetzgebungsverfahren Kritik äußert“, erläutert Dr. Carola Reimann. Auch Justizministerin Zypries wies die Kritik des EU-Kommissars zurück.

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger haben die Gelegenheit, ihr Anliegen mit den SPD-Abgeordneten zu besprechen. Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind:

- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
– Mittwoch, 27. August, von 9 - 17 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
– Donnerstag, 28. August, ab 14 Uhr
– Mittwoch, 3. September, 18 Uhr,

Ort: „Ferdinand“ im Bürgerzentrum Vechelde

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Manfred Pesditschek, Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich,

Auflage: 45 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 27010111

SPD